

# Information

## des Forums Flugplatz Dübendorf

**1990 gegründeter unabhängiger Verein, dessen Mitglieder sich zu einer glaubwürdigen Landesverteidigung und effizienten Luftwaffe bekennen**

Postfach 1085, 8600 Dübendorf 1, Postkonto: 80-47799-0 / Internet: <http://www.forum-flugplatz.com> / E-Mail: [vorstand@forum-flugplatz.com](mailto:vorstand@forum-flugplatz.com)

Liebe Mitglieder, liebe Interessenten  
Am kommenden 26. November haben wir über eine armeefeindliche, radikale Initiative linksgrüner Kreise abzustimmen, die leider auch noch von zahlreichen Hilfsorganisationen unterstützt wird. Am 6. Juni 1993 hatte das Schweizer Volk über das Ausbauverbot der Schweizer Waffenplätze und die Modernisierung unserer Luftwaffe zu befinden und jetzt geht es, wie anno 1989 um die «gesamte Armee». Das langfristige Ziel der Armeegegner, nämlich die Abschaffung unserer Landesverteidigung, soll jetzt durch Verknappung der finanziellen Mittel buchstäblich erzwungen werden!

Wir sind also einmal mehr gefordert, dies zu verhindern und ich freue mich, Ihnen auf den nachfolgenden Seiten, sieben pointierte Stellungnahmen mit fundierten Argumenten von bekannten Persönlichkeiten aus Politik und Wirtschaft präsentieren zu dürfen.

Gestatten Sie mir noch zwei Überlegungen anzufügen: Es wäre erstens ein gefährlicher Trugschluss anzunehmen, die Luftwaffe, und damit auch der Flugplatz Dübendorf würden bei einer Annahme der Initiative von den Folgen verschont! Und zweitens: Die Initiative werde sowieso «bachab» geschickt.

**Jede NEIN-Stimme ist deshalb wichtig!**  
Den Tatbeweis haben jetzt auch jene Kreise zu erbringen, die in der Stärkung des Dübendorfer Flugplatzes einen Garanten gegen die zivile Aviatik erkannt haben!

Das Forum Flugplatz Dübendorf engagiert sich u.a. mit einer erhöhten Auflage dieser Infoausgabe. Verlangen Sie mit einer Postkarte weitere Exemplare sowie zusätzliche Abstimmungsunterlagen und verteilen Sie diese an Freunde und Bekannte. Ich danke für Ihre Mithilfe und Unterstützung auf unser Postkonto: 80-47799-0.

Ihr Peter Bosshard  
Präsident

**Gegen die "Armeeabschaffung in Raten"!**

**Wir setzen uns für eine moderne und effiziente Armee ein, die uns wirksam schützen kann. Die Umverteilungsinitiative verhindert das und führt zur Armeeabschaffung!**



### Unredlich und unsinnig: Die "Umverteilungsinitiative"

Rita Fuhrer

Zürcher Regierungspräsidentin

«Sparen beim Militär und der Gesamtverteidigung - für mehr Frieden und zukunftsgerichtete Arbeitsplätze», das ist der offizielle Titel der Initiative, über die wir am 26. November 2000 abstimmen. Militär und Gesamtverteidigung kontra Frieden: Diese Gegenüberstellung ist unredlich. Es geht um die schweizerische Armee und die schweizerische Gesamtverteidigung; diese haben den Frieden weiss Gott nie bedroht und werden es auch in Zukunft nicht tun. Unsere Sicherheit als Gegenstücke zum Frieden hinzustellen, entstammt einer ideologischen Mottenkiste, die selbst bei Linksparteien endlich geschlossen werden müsste. Die Initiative ist aber nicht nur unredlich, sie ist auch unsinnig und zwar gleichermassen militärisch, wirtschaftlich und politisch:

#### Wahrung der Sicherheit

Die Wahrung der Sicherheit nach innen und aussen gehört zu unseren fundamentalen Staatsaufgaben. Es ist Aufgabe einer verantwortungsbewussten und zukunftsgerichteten Sicherheitspolitik, die Sicherheitslage laufend zu verfolgen und daraus den nötigen Handlungsbedarf abzuleiten. Und selbstverständlich ist es immer auch ein politischer Entscheid, in welchem Umfang und gegen welche Risiken wir uns wappnen und wo wir

(auch aus finanziellen Gründen) Risiken in Kauf nehmen. Aber völlig unsinnig ist es, dafür für die Zukunft einen festen Geldbetrag einzusetzen.

#### Wirtschaftspolitischer Unsinn

Zur Schaffung von Ersatzarbeitsplätzen, in den von der Abrüstung betroffenen Betrieben und Verwaltungen soll der Bund einen Konversionsfonds von einer Milliarde Franken äufnen. Das ist wirtschaftspolitischer Unsinn. Die Rüstungsindustrie ist traditionell innovativ und hat es immer wieder verstanden, ihr spezifisches Wissen und Können auch zivil zu nutzen. Und wie im militärischen Bereich ist sie dabei dem internationalen Wettbewerb ausgesetzt. Wenn wir unsere Wirtschaft zeitgemäss fördern wollen, dann machen wir dies mit einer guten Aus- und Weiterbildung unserer Bevölkerung, mit einer funktionierenden Infrastruktur und mit guten politischen Rahmenbedingungen; und dazu gehört eben auch die Sicherheit. Auch der "Konversionsfonds", der nichts anderes als eine Giesskanne ist, gehört in die Mottenkiste und zwar in die Mottenkiste der ordnungspolitischen Sündenfälle.

#### Unsinniges politisches Präjudiz

Die Idee, die Ausgaben für Militär und Gesamtverteidigung basierend auf den Zahlen eines früheren Jahres zu plafonieren, schaffte schliesslich ein unsinniges politisches Präjudiz. Wollen wir in gleicher Weise die Kosten für Sozialaufgaben, für Bildung und andere Bereiche staatlicher Tätigkeit festschreiben? Es leuchtet ein, dass wir damit die staatliche Aufgabenerfüllung zum Erstarren bringen und gerade das müsste ja eigentlich das Letzte sein, was die sonst so gern auf Fortschrittlichkeit bedachten Initianten wollen.

#### Schlecht getarnter Versuch

Die Initiative bleibt damit ein schlecht getarnter Versuch, dem immer während gleichen Anliegen linker Kreise, die Armee abzuschaffen, zum Durchbruch zu verhelfen. Neu daran ist nur der Titel.



## Wie die radikal-pazifistische Linke vorgeht

Dominique Brunner, Küssnacht

Was folgt kann im Lichte der Erfahrungen im Vorfeld der Volksabstimmung vom 8. Juni 1997 über die SPS-Initiative "für ein Verbot der Kriegsmaterialausfuhr" nicht sonderlich überraschen – und ist dennoch stossend. Die Rede ist von den Methoden, die Exponenten der sozialdemokratischen Partei bei der Propagierung ihrer "Umverteilungsinitiative", Halbierung der Militärausgaben, anwenden: Manipulation, wo immer es geht, und, dabei ertappt, unglaubwürdige Ausreden. Die Täter sind im Wesentlichen dieselben wie vor drei Jahren.

Das kann auch nicht verwundern, denn sie waren und sind die treibenden Kräfte bei drei mit dem Absender SPS versehenen Volksbegehren. 1991 beschloss die SPS zwei Volksinitiativen, die Ende 1992 auch zustande kamen. Die eine zielte auf die Reduktion der Militärausgaben um die Hälfte innerhalb von fünf Jahren. Sie wurde 1995 vom Parlament für ungültig erklärt. Die andere verlangte ein rigoroses Verbot der Ausfuhr von Kriegsmaterial, nicht nur eigentlichen Waffen, sondern potentiell auch zahllosen sog. Dual-use-Gütern, sowohl zivil wie wehrtechnisch verwendbaren Industrierzeugnisse.

## Üble Demagogie gegen Technologiestandort Schweiz

Ueble Demagogie kennzeichnete die Propaganda der Befürworter dieser für den Technologiestandort Schweiz höchst gefährlichen Initiative, was vor dem Umengang vom 8. Juni 1997 wiederholt öffentlich scharf gerügt wurde. Während auf Grund des Initiativtextes erkennbar eine sehr grosse Zahl von Arbeitsplätzen unmittelbar oder mittelbar bedroht war – angesichts der Bedeutung von Dual-use-Produkten für den schweizerischen Export weit mehr als 100' 000 –, versteiften sich die Initianten bis zum Schluss auf die Behauptung, es gehe nur um 1000 bis 2000 Arbeitsplätze. Das stimmte offensichtlich nicht einmal für den Fall, dass man die Dual-use-Frage gänzlich ausklammerte. Die Quittung blieb nicht aus: 77,4 Prozent der Stimmenden verwarfen die Initiative im Juni 1997, alle Kantone lehnten ab.

Bald danach konnte man beobachten, dass die militanten Kräfte der Linken keine Lehren aus dieser schimpflichen Niederlage gezogen hatten. Ihre nach der Ungültigerklärung der ersten Halbierungsinitiative lancierte neue Initiative, die Umverteilungsinitiative, welche die Halbierung der Militärausgaben binnen zehn Jahren verlangt, war seit Ende März 1997 zustande gekommen, als die SP-Fraktion zu Bern im Herbst desselben Jahres die Reduktion der Militärausgaben um 50 % bis 2004 verlangte, in krassem Widerspruch zu den Modalitäten der Initiative. Diese Forderung ist inzwischen fallen gelassen worden.

## Eine Armee von 15'000 Berufssöldnern als Alternative!

Am 9. Mai 2000 wandten sich prominente – und immer dieselben – Vertreter der Initianten an die Medien. Während Nationalrat Marti (Glarus) blauäugig meinte, die Darlegungen der Initianten zeigten, dass sie keine Armeeabschaffer seien, entblödete sich der schärfste Armeegegner in diesem Kreis, Hug, nicht, die Abschaffung der Wehrpflicht, Volksabstimmung etwa 2004, und die Schaffung einer Freiwilligenarmee von 15 000 jungen Leuten als Ziel zu deklarieren. Anfang Juli konnte man vom Protest des ehemaligen Ständeratspräsidenten Otto Schoch (FDP) lesen, dem in einem Aussand der SP für die Umverteilungsinitiative nicht anders als Bundesrat Pascal Couchepin Aussagen in den Mund gelegt wurden, die als Sukkurs für die Initiative ausgelegt werden sollten.

## Bundesamt liess sich vor Karren der Initiative spannen

Und dann erschien ebenfalls im Juli eine breit gestreute Broschüre "Projekt Frieden", von der Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit DEZA) des EDA mitherausgegeben und mitfinanziert, die von den Anhängern der Umverteilungsinitiative direkt in den Dienst ihrer Propaganda gestellt wurde. Die DEZA hat sich, spät genug, dagegen verwahrt, die Initiantin Nationalrätin Häring den Akt der Manipulation mit der Bemerkung, das sei ein Fehler gewesen, herunterzuspielen versucht.

Eigentlich brauchte es den Hinweis auf die zahlreichen Entgleisungen der Linken nicht, um kritische Zeitgenossen bezüglich der Umverteilungsinitiative aufhorchen zu lassen. Die Initiative selbst sagt alles. Sie will ja eine willkürlich fixierte Höhe der Militärausgaben in der Verfassung fest schreiben. Ihre Befürworter tun als ob sie wüssten, wie die Sicherheitsbedürfnisse der Schweiz im Jahre 2010 aussehen werden – das vor dem Hintergrund des zu Ende gehenden Jahrzehnts, dem blutige, zum Teil länger dauernde Kriege auch in Europa den Stempel aufgedrückt haben. Aber eben: wer eine schlechte Sache vertritt, ist oft versucht, zum Mittel der Irreführung zu greifen. Man wird noch auf allerhand gefasst sein müssen.



## Keine Konzessionen an die Initianten

Dr. Daniel Heller, Grossrat und Informationsschef der Schweizerischen Offiziersgesellschaft, Aarau

Die Botschaft von Bundesrat und Parlament ist eindeutig: Beide lehnen die Umverteilungsinitiative ab, ohne dabei Konzessionen einzuräumen. Die Politik reagiert damit konsequent auf die zweite Halbierungsinitiative, die eine Trotzreaktion von SPS und ARW auf die Ungültigkeitserklärung der ersten Halbierungsinitiative durch das Parlament darstellt. Die klare Botschaft lässt hoffen, dass auch Volk und Stände die wahre Natur solcher Begehren erkennen werden. Eine Abfuhr der auf willkürliche Halbierung unserer Verteidigungsausgaben ausgerichteten Initiative durch Volk und Stände wird ein weiteres Mal die glaubwürdige Schweizer Sicherheitspolitik bestätigen und die Planung einer effektiven und optimalen Schweizer Milizarmee für das XXI. Jahrhundert ermöglichen.

Seit den achtziger Jahren werden in regelmässigen Abständen Volksbegehren lanciert, die unter verschiedenen Titeln auf eine Schwächung der Verteidigungsfähigkeit unseres Landes hinauslaufen. Damit wird permanent die Glaubwürdigkeit des schweizerischen Staates, zu der man gerade unter den heutigen Umständen Sorge tragen sollte, in Frage gestellt. Kein Wunder, dass gewisse ausländische Verhandlungspartner mit der Schweiz inzwischen umspringen wie mit einem Staat, vor dem man keinen besonderen Respekt zu haben braucht.

## Nicht nur heutige Armee, auch Reform Armee XXI gefährdet

Initiativen sind ein politisches Druckmittel und können den Bundesrat oder die Räte zu sachlich ungerechtfertigten Konzessionen beispielsweise in der Planung der künftigen Armee veranlassen. Solche wären im Umfeld der jetzt laufenden Detailplanungen für eine "Armee XXI" unakzeptabel. Eine Annahme der Umverteilungsinitiative würde aber natürlich nicht nur der jetzt geplanten Armee XXI sondern natürlich auch der gegenwärtigen Armee 95 den Garaus machen. Im internationalen Vergleich steigen die Ver-

teidigungsausgaben in jüngster Zeit wieder und die Schweiz muss eine glaubwürdige Rüstung auf dem Stand vergleichbarer europäischer Staaten haben. Die neue Armee soll darum frei und ausschliesslich auf Grund einer Beurteilung der künftigen sicherheitspolitischen Lage konzipiert werden können. Dies hat der Bundesrat richtig erkannt; die Gegner der Armee werden aber nicht müde, mit der Umverteilungsinitiative im Rücken untaugliche Vorschläge zur neuen Armee zu lancieren: Eine 15'000-Mann-Berufsarmee gehört dazu. Auch die Gewerkschaften werden bei der Halbierungsinitiative noch erkennen, dass Tausende von weiteren Arbeitsplätze durch die Initiative bedroht sind. Und die von den Initianten propagierte 15'000-Mann-Berufsarmee könnte allenfalls für einige wenig qualifizierte Rambo-Typen eine Alternative zum Verlust der heutigen, teilweise hochqualifizierten von der Landesverteidigung abhängigen Arbeitsplätze darstellen. Zur Umverteilungsinitiative sind deshalb einige Fragen aus militärischer Sicht zu beantworten.

### **Wieso wird die Armee XXI nicht wesentlich günstiger als die heutige Armee?**

Die Armee XXI kommt aus gut nachvollziehbaren Gründen etwa gleich teuer wie die Armee 95. Im Bereich der Investitionen (Rüstungs- und Bauprogramme) besteht ein Nachholbedarf in den Bereichen

- des Aufklärungs-, Führungs- und Feuerleitungsverbundes,
- des Luftkampfes (Offensive Counter Air, Air Interdiction, Battlefield Air Interdiction, und allenfalls Close Air Support [Fighter], also Erdkampf),
- der Gefechtsfeldbeweglichkeit (insbesondere Schutz des Soldaten)
- der Ausbildungsinfrastruktur schlechthin.

Als Formel gilt: Bisher konnte rund die Hälfte der Armee adäquat ausgerüstet werden (z.B. eben nicht die Fussinfanterie) - künftig soll dies für die ganze (verkleinerte) Armee möglich sein. Die Ausbildungsinfrastruktur genügt vielerorts den modernen Anforderungen in keiner Art und Weise. Insbesondere stellt der chronische Mangel an Instruktoressen die Ausbildungsqualität in Frage und belastet die Milizkader. Vor diesem Hintergrund müssen die Militärausgaben - nach dem langjährigen deutlichen Abbau - in den nächsten Jahren trotz Bestandesreduktion mindestens konstant gehalten werden. Entsprechend lauten die Finanzpläne:

**Jahr 2001: 4,1 Mrd. Fr.**  
**Jahr 2002: 4.2 Mrd. Fr.**  
**Jahr 2003: 4.3 Mrd. Fr.**  
**Jahr 2004: 4.4 Mrd. Fr.**

Braucht es trotz entspannter Bedrohungslage weiterhin eine 200'000-Mann-Armee? Der konzeptionelle Ansatz der Armee XXI sieht vor,

- die Peace Support Operation Einsätze (PSO) primär mit einer beschränkten

Zahl von Berufs- und Zeitsoldaten zu alimentieren,

- die Existenzsicherungseinsätze vor allem mit Durchdienstern (Milizsoldaten, die Wehrpflicht am Stück absolvieren) zu gewährleisten und
- Raumsicherung und Verteidigung mit einer aktiven Miliz vorzubereiten, welche sechs Jahrgänge umfasst (knapp 100'000 Angehörige der Armee (AdA).

Zudem wird davon ausgegangen, dass während maximal vier Jahren nach dem letzten Wiederholungskurs beim einzelnen AdA noch eine gewisse Ausbildungsbereitschaft besteht, die reaktiviert werden kann. Deshalb soll aus vier Jahrgängen eine Reserve gebildet werden (ca. 80'000 AdA). Bei dieser Reserve leisten allenfalls das Kader und gewisse Spezialisten jährlich noch einige Tage Fortbildungsdienst. Zur Zeit ist deren Ausrüstung weitgehend sichergestellt durch das vorhandene Material. Zusammen mit dem Rekrutenjahrgang ergibt dies eine Armee mit rund 200'000 AdA.

Man könnte monieren, dass eine aktive Armee, die sich aus sechs Jahrgängen alimentiert, immer noch zu gross sei; dabei gilt es aber zu bedenken, dass diese Personalkategorie auf rund 30% reduziert wird. Das stellt eine beachtliche Reorganisation dar. Vor allem zur Wahrung der Handlungsfreiheit ist eine angemessen flexible Erhöhung der Bereitschaft sicherzustellen: dazu sind Diensttagereserven, die Bildung einer (im Normalfall weitgehend inaktiven) Reserve und die politische Fähigkeit zur raschen sicherheitspolitischen Lageanpassung notwendig.

### **Welche Aufgaben liessen sich mit der Armee nach Annahme der Umverteilungsinitiative nicht mehr lösen?**

Grundsätzlich müssten bei einer Annahme der Initiative alle drei Armeeaufträge so lange weiterhin erfüllt werden, bis eine neue Sicherheitspolitik angepasste Aufträge definiert. Aufgrund der höheren Eintretenswahrscheinlichkeit wären PSO- und Existenzsicherungseinsätze jedenfalls primär sicherzustellen. Demzufolge ergeben sich die Abstriche primär bei der Raumsicherung- und Verteidigung. Die geplante Bereitschaft der Armee XXI müsste massiv reduziert werden (geringerer Ausbildungsstand, geringere Modernisierung, geringere Kampfkraft, geringerer Ausrüstungsgrad). Damit steigt das durch das Volk zu tragende Restrisiko: Wir wären im Bedarfsfall ungenügend vorbereitet und hätten die entsprechenden Schäden zu tragen, respektive Opfer zu erbringen. Zudem müsste verstärkt der Kooperationsgedanke in den Vordergrund gerückt werden und die Frage eines Bündnisbeitritts wäre erneut zu untersuchen.

Eine Armee nach Annahme der Umverteilungsinitiative bedeutet damit

- massiver Personalabbau im Bereich der zivilen Verwaltungs- und Betriebsange-

- stellen sowie im Bereich der Rüstungsindustrie
- starke Reduktion der materiellen Einsatzbereitschaft im Bereich der Verteidigung (es bleibt bei Knowhow-Erhalt mit vielen Pilot- und wenigen Ausbildungssystemen)
- keine flächendeckende Beschaffungen für Verteidigungsaufgaben mehr möglich
- noch konsequentere Ausrichtung auf Leistungserbringung und damit Abkehr von regionalen Ausgleichen und Regionalförderung und damit noch stärkere Zentralisierung auf Bundesstufe
- weitestgehende Relativierung des Milizprinzips und damit eine deutlich rauhere politische Gangart.

Durch diese massive Reduktion der Eigenleistung im Bereich autonomer Verteidigungsfähigkeit ergibt sich längerfristig der Zwang zur Integration in ein Verteidigungsbündnis - sprich die NATO -, was langfristig wohl wieder eine teurere statt eine billigere Armee bedeutet, da die NATO die Beitragsleistungen ihrer Bündnispartner definiert und die NATO-Länder geben bezogen aufs Brutto-sozialprodukt alle mehr Geld für ihre Verteidigung aus, als die Schweiz.

**Gegen eine Wiederauflage  
armeefeindlicher Tendenzen!**

**Das Volk ist es leid,  
alle Jahre über eine (versteckte)  
Abschaffung der Armee abzu-  
stimmen. Wir stehen hinter  
unserer Armee und setzen  
uns für eine glaubwürdige  
Landesverteidigung ein.**

### **Fazit: Umverteilungsinitiative ist klar abzulehnen**

Sie

- gefährdet unsere Sicherheit durch Mittel-Entzug für Armee und Zivilschutz
- sucht einen untauglichen Weg, da die Fixierung von Obergrenzen für Staatsausgaben in der Verfassung jede künftige Anpassung erschwert oder verunmöglicht
- vernichtet weitere rund 6'000 Arbeitsplätze im Umfeld von Armee, VBS und Rüstungsindustrie
- ebnet den Weg zu einer Berufsarmee und zur NATO-Integration der Schweiz
- schafft die heutige Armee ab und verunmöglicht die Armeeerform XXI, welche eine kleinere und besser ausgerüstete Armee anstrebt
- verunmöglicht der neuen Sicherheitspolitik, ihre Aufträge zu erfüllen
- erkennt, dass Armee und Landesverteidigung in den letzten zehn Jahren bereits zwei Jahresbudgets eingespart haben.

Die Umverteilungsinitiative ist darum an der Urne mit einem NEIN zu quittieren.

## Eine glaubwürdige Armee braucht ausreichende Finanzierung

Nationalrat Hans Werner Widrig, St. Gallen

Der Schweizer Souverän hat in den vergangenen Jahren alle Volks-Initiativen verworfen, die unsere Landesverteidigung massiv schwächen oder abschaffen wollten. Das beginnt beim Rüstungsreferendum im Jahre 1987, geht über die Volksinitiativen „Für eine Schweiz ohne Armee“ (1989) und „40 Waffenplätze sind genug“ (1993) bis zum Begehren „Für eine Schweiz ohne neue Kampfflugzeuge“ im Jahre 1993. Volk und Stände haben damit immer wieder bekräftigt, dass sie hinter einer starken und glaubwürdigen Landesverteidigung stehen.

### Initianten wollen nicht sparen

Die Umverteilungsinitiative Ausgabe 2000 reiht sich ein in die Liste der obigen Vorstösse, welche Wirksamkeit und Glaubwürdigkeit unserer Armee im In- und Ausland in Frage stellen will. Die Initianten wollen nicht sparen. Sie wollen umverteilen. Gemäss ihrem Willen würden die Friedensförderung- und Sozialausgaben in dem Mass steigen, wie die Landesverteidigungsausgaben sinken würden. Zudem müsste noch ein Fonds für die durch die Initiative vernichteten Arbeitsplätze geäuftnet werden. Dieser Konversionsfond zur Abfederung der mit der Umverteilung entstehenden Arbeitslosen wird keinen oder wenig Erfolg haben, wie die Erfahrung zeigt. Besser ist, es gar nicht so weit kommen zu lassen.

### Militär und Zivilschutz sparen

Militär und Zivilschutz sparen heute schon: Gegenüber den ursprünglichen Finanzplänen in den Jahren 1991 bis 2002 sind insgesamt 9 Milliarden Franken eingespart worden. Von 1987 bis 2002 gehen die Ausgaben real um 28% zurück. Im gleichen Zeitraum verzeichnen die Bundesaussgaben eine Zuwachsrates von rund 37 Prozent.

Bereits heute beteiligt sich die Schweiz auf der Baustelle der Friedensförderung im Rahmen der Gesetze und der Verfassung. Mit der Annahme der Initiative würden wir diese Bestrebungen lähmen. Eine glaubwürdige Armee braucht eine glaubwürdige Finanzierung.

Die Umverteilungsinitiative muss deshalb abgelehnt werden.

### Die Schweizer Friedensdividende ist bezahlt

AFV. Dem Militärbudget kann sowohl in der längerfristigen Betrachtung als auch in einer kurzfristigen Betrachtung keine Schuld an den defizitären Zuständen nachgewiesen werden, im Gegenteil. So ist der Anteil der Militärausgaben am Gesamtbudget seit 1960 massiv rückläufig:

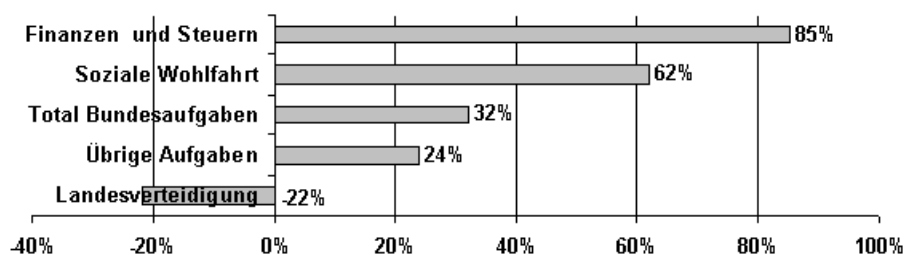
### Anteil der funktionsbezogenen Bundesaussgaben 1969 -1998

Jahr	Landesverteidigung	Soziale Wohlfahrt	Verkehr	Unterricht Forschung	Landwirtschaft	Übrige
1960	34,7%	13,4%	5,9%	3,6%	12,3%	30,1%
1970	25,9%	17,0%	16,2%	8,5%	10,0%	22,3%
1980	20,3%	20,6%	15,7%	8,7%	9,0%	25,7%
1990	19,1%	21,7%	14,8%	7,7%	8,5%	28,2%
1998	11,5%	27,7%	17,8%	6,7%	8,4%	27,9%

Das VBS ist das einzige Departement, das in den Jahren 1990 bis 2000 grössere Einsparungen vorgenommen hat und noch immer vornimmt. Es hat somit in den letzten Jahren den mit Abstand grössten Beitrag an die Sanierung der Bundesfinanzen geleistet.

### Nominale Entwicklung der Bundesaussgaben 1991 bis 2002

Quelle: Botschaft des Bundesrates zur Halbierungsinitiative, 1999



Obiges Schaubild zeigt, in welchem Ausmass die einzelnen Aufgabengebiete der Bundespolitik in den Jahren 1990 bis 2002 trotz stagnierender Einnahmen wachsen. Die Militärausgaben hingegen werden gemäss Finanzplanung 1991 bis 2002 nominell um 22% abnehmen.

## Linke Zwängerei mit sicherheitspolitischem Ladenhüter

Hptm Andreas Richner, Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft für eine wirksame und friedenssichernde Milizarmee

Am kommenden 26. November hat das Schweizer Stimmvolk über die „Umverteilungsinitiative“, die von Armeegegnern lanciert und von der Bundesratspartei SPS unterstützt wird, zu befinden. Sie will die Ausgaben der Schweizer Landesverteidigung halbieren. Die Unterstützung der radikalen Initiative durch Hilfswerke und der Missbrauch von Bundesmitteln der DEZA durch die Initianten haben im Vorfeld des Abstimmungskampfes zur reden gegeben.

Armeekritische Volksinitiativen haben in der Schweiz eine Tradition, die nicht mehr als konstruktive Mitarbeit an der Bundesverfassung betrachtet werden kann, sondern schlicht sicherheitspolitische Zwängerei ist. 1989 sind die realitätsfernen Armeegegnern mit der direkten Abschaffung der Armee an der Urne deutlich gescheitert (64,6 Prozent stimmten Nein). Seither versuchen sie, unserer Landesverteidigung die Mittel und Möglichkeiten in Raten zu entziehen.

1993 verwarfen die Stimmbürger und Stimmbürgerinnen ein Ausbaubot der Schweizer Waffenplätze und lehnten den Sabotageversuch an einer modernen Luftverteidigung (F/A-18-Initiative) nach einer in der neueren Schweizer Geschichte beispiellosen Mobilisierung der verantwortungsbewussten Kräfte der Miliz deutlich ab. Davon unbeeindruckt brachten Sozialdemokratie und armeefeindliche Kreise zwei weitere Volksinitiativen zur Abstimmung (Waffenausfuhrverbotsinitiative und Halbierungsinitiative). Die Halbierungsinitiative wurde vom Parlament für ungültig erklärt, die Waffenausfuhrverbotsinitiative vom Volk 1997 deutlich mit 77.5 % Nein-Stimmen verworfen.

Dass das Schweizer Volk bereits am 26. November 2000 erneut über die Existenz unserer Armee befinden muss, verdanken wir der von SPS und der Friedensbewegung neu lancierten „Umverteilungsinitiative“ (Eidgenössische Volksinitiative „Sparen beim Militär und der Gesamtverteidigung - für mehr Frieden und zukunftsgerichtete Arbeitsplätze“). Diese ist nichts anderes als die Neuauflage der sicherheitspolitisch längs überholten, vom Parlament für ungültig erklärten Halbierungsinitiative.

### Was will die Umverteilungsinitiative?

Die Umverteilungsinitiative will eine willkürlich nominale Beschränkung der Ausgaben für die Landesverteidigung in der Bundesverfassung festlegen. Vorgesehen ist eine Halbierung der Ausgaben im Zeitraum von maximal 10 Jahren. Die Rechnung aus dem Jahre 1987 soll dabei als Berechnungsgrund-

lage dienen, die reduzierten Beträge zu einem Drittel (jährlich ca. 600 Mio. CHF) in die internationale Friedenspolitik fließen. Ober die Verwendung der zwei anderen Drittel soll das Parlament entscheiden können. Es wird also kein einziger Franken eingespart! Eine einmalige Investition von einer Milliarde Franken (der sogenannte Konversionsfonds) soll helfen, die abzuschaffenden militärabhängigen Arbeitsplätze in zivile umzuwandeln. Sowohl der Bundesrat, als auch das Parlament haben die Initiative klar abgelehnt.

### **Unsinnige Verankerung der Militärausgaben in der Verfassung**

Eine verfassungsmässige Beschränkung unserer sicherheitspolitischen Handlungsfreiheit ist nicht nur unsinnig, sondern verantwortungslos und gefährlich. Wir können Aufgabebereiche des Staates nicht in der Verfassung über eine fixe Ausgabenlimite einschränken, ohne dass dabei die nötige Flexibilität zur Erfüllung der Aufgabe verloren geht. Die Initiative will der Schweiz die sicherheitspolitische Handlungsfreiheit entreissen. Die Landesverteidigung muss auch in Zukunft flexibel reagieren können, wie sie das nach der sicherheitspolitischen Wende von 1989 mit einer deutlichen Senkung der Ausgaben und einer ersten Armeereform demonstriert hat. Niemand weiss jedoch, welche Mittel der Staat in absehbarer Zukunft für die Bewältigung von neuen Problemen benötigen wird. Eine mögliche Bedrohung unserer Sicherheit wird sich bestimmt nicht an unsere Verfassung halten.

### **VBS hat seinen Sparbetrag schon geleistet**

Dem Militärbudget kann weder in einer längerfristigen noch in einer kurzfristigen Betrachtung eine Schuld an den defizitären Zuständen im Bundeshaushalt nachgewiesen werden. Im Gegenteil: Seit Jahren ist die Landesverteidigung im Bundesetat der einzige Bereich, in welchem die Ausgaben rückläufig sind - notabene bei DER Kernaufgabe des Bundes: seiner Sicherheit.

Insgesamt wurde das Budget des VBS in den letzten Jahren um 9 Milliarden Franken gekürzt. Der Anteil der Landesverteidigung an den Bundesausgaben ist von 34,7 Prozent im Jahre 1960 auf 10,4 Prozent bis 2002 gesunken. So verdankt der Bundeshaushalt das wiederhergestellte Gleichgewicht hauptsächlich den beträchtlichen Sparleistungen der Landesverteidigung. Die Umverteilung der Mittel von der Landesverteidigung in den explosiv wachsenden Sozialbereich hat bereits stattgefunden.

Mit anderen Worten: Die Friedensdividende ist längst erbracht worden; weitere Kürzungen gehen zu Lasten unserer Sicherheit.

### **Instabiler Friede nach 1989**

Die Euphorie nach dem Fall der Berliner Mauer ist verfliegen. Wer hätte gedacht, dass zum Ende des 20. Jahrhunderts der Krieg wieder auf unseren Kontinent zurückkehren würde, dass kriegerische Auseinandersetzungen keine zwei Flugstunden von uns weg stattfinden könnten? Der Krisenherd im Balkan liegt näher, als die Bedrohungen zu Zeiten des Kalten Krieges, näher als unsere Ferienzeile. Wohlgermerkt: Heute ist keine klassische militärische Bedrohung für die Schweiz erkennbar. Doch Risiken sind heute anders gelagert - sie sind nicht entschwunden. Wer kann voraussagen, welche Regierungen und Konflikte in zehn Jahren unsere Sicherheit bestimmen, wenn die Forderungen der Umverteilungsinitiative umgesetzt sein sollen? Und wer soll die Verantwortung übernehmen, wenn wir dann zumal einer neuen Bedrohung nur ungenügend begegnen können?

Die Umverteilungsinitiative liesse unsere Armee in unverantwortbarem Mass verkümmern und würde die Schweiz zur unwürdigen sicherheitspolitischen Trittbrettfahrerin in Europa degradieren. Unsere Glaubwürdigkeit würde dadurch weit über den sicherheitspolitischen Bereich hinaus untergraben. Als selbstbewusstes Nichtmitglied der NATO will und muss die Schweiz so weit wie möglich selbst für ihre Sicherheit sorgen. Nur so wird sie in einer möglichen Konfliktsituation auf Verbündete zählen können. Sicherheit ist nicht gratis zu haben!

Die Umverteilungsinitiative liesse unsere Armee in unverantwortbarem Mass verkümmern und würde die Schweiz zur unwürdigen sicherheitspolitischen Trittbrettfahrerin in Europa degradieren. Unsere Glaubwürdigkeit würde dadurch weit über den sicherheitspolitischen Bereich hinaus untergraben. Als selbstbewusstes Nichtmitglied der NATO will und muss die Schweiz so weit wie möglich selbst für ihre Sicherheit sorgen. Nur so wird sie in einer möglichen Konfliktsituation auf Verbündete zählen können. Sicherheit ist nicht gratis zu haben!

### **Gegen ein sicherheitspolitisches Trittbrettfahren!**

**Bei Annahme der Initiative würde die Schweiz sich gebärden, als ob sie sich vom Rest Europas verteidigen lassen will und von den Überanstrengungen anderer profitiert.**

### **Armee XXI**

Der sicherheitspolitische Bericht des Bundesrates, der letztes Jahr erschienen ist, zieht - im Gegensatz zu den strategisch und ideologisch überholten Vorstellungen der Armeeausschüsse - die nötigen Konsequenzen aus den jüngsten Veränderungen in Europa sowie aus den wirtschaftlichen und demographischen Entwicklungen der Schweiz. Der Bericht bildet so die solide Basis für die Planung der Armee XXI. Der Armee mitten in diesem entscheidenden Anpassungsprozess die Mittel langfristig zu verwehren, würde die dringend notwendige Reform verunmöglichen.

Es ist bereits abzusehen, dass die Armee XXI kleiner aber schlagkräftiger werden soll. Diese Planung korrespondiert mit der Entwicklung im Ausland. Die Bestände der Armeen werden reduziert, die Ausrüstung hingegen kontinuierlich mit viel Aufwand modernisiert. Eine verkleinerte moderne Schweizer Armee mit Zeit- und Profisoldaten wird uns kaum billiger zu stehen kommen, denn Umstrukturierung, Professionalisierung und modernste Technologie erfordern hohe Investitionen - und der aufwändigste und nicht delegierbare Auftrag der Armee bleibt die Raumsicherung und Verteidigung.

Im internationalen Vergleich bewegen sich

die Schweizer Wehranstrengungen auf tiefem Niveau. Während wir den Sparkurs eingelegt haben, lässt sich seit dem Rückgang im Gefolge des Zusammenbruchs der Sowjetunion Ende der 90er Jahre bei den westeuropäischen Militärbudgets bereits wieder ein reales Wachstum feststellen. 1999 stiegen die realen Verteidigungsausgaben weltweit um 2.1 Prozent.

### **Berufsarmee ist keine Alternative**

Eine drastische Kürzung der Mittel für die Landesverteidigung im Sinne der Umverteilungsinitiative lässt die Reform Armee XXI vorzeitig scheitern. Für einmal konsequent fordern die Initianten denn auch die Abschaffung der Wehrpflicht und eine kleine Berufsarmee von 15'000 jugendlichen Freiwilligen. Abgesehen davon, dass die Rekrutierung von 15'000 Berufssoldaten - um wen sollte es sich denn dabei angesichts der hohen Anforderungen und einer nahezu erreichten Vollbeschäftigung handeln? - in der Schweiz auf grösste Schwierigkeiten stossen würde, könnte diese Miniarmee den verfassungsmässigen Auftrag nicht mehr erfüllen. Eine Berufsarmee würde nur unter dem Dach einer NATO-Mitgliedschaft Sinn machen - eine Lösung, die im Volk nicht den geringsten Rückhalt hat. Die vollständige Abschaffung der schweizerischen Landesverteidigung wäre der nächste logische Schritt, den die hinter der Umverteilungsinitiative stehenden Initianten denn auch eigentlich anstreben.

### **Friedenspolitik wird längst betrieben**

Die Umverteilungsinitiative spricht von Friedenspolitik. Dabei betreibt die Schweiz bereits seit langem praktische Friedenspolitik. Freiwillig leisten heute schon Schweizerinnen und Schweizer einen hochwillkommenen und geschätzten Beitrag auf den internationalen Baustellen des Friedens“. Zu nennen sind an dieser Stelle beispielsweise die Operation SWISSCOY (Einsatz einer unbewaffneten Kompanie im Rahmen der KFOR, unter UNO-Mandat), die sogenannten Gelbmützen, welche für die OSZE in Bosnien-Herzegowina ihre Dienste leisten, aber auch die Militärbeobachter, die für die UNO im Mittleren Osten, in Georgien, in Ex-Jugoslawien und in Nord und Südkorea im Einsatz stehen.

Unsere Armeemitglieder zeigen dort, dass die Zusammenarbeit mit zivilen Friedensorganisationen sehr gut funktioniert. Vor allem zeigt sich aber immer wieder, dass in Krisen- und Kriegsgebieten die zivilen Organisationen ohne militärische Unterstützung gar nicht arbeiten können.

### **Mehr als 6000 Arbeitsplätze gefährdet - die Schweizer Wehrindustrie vor dem Aus**

Eine Halbierung der Militärausgaben hätte zweifellos einschneidende wirtschaftliche Folgen. Der Bundesrat rechnet bei einer Annahme der Initiative mit dem Verlust von mindestens 6'000 Arbeitsplätzen in den Betrieben des Bundes und in den Rüstungsbe-

trieben, in der zuliefernden Wirtschaft und namentlich auch im Gewerbe. Davon am stärksten betroffen wären einmal mehr die Randregionen.

Die Initianten sagen für den Fall eines Erfolges ihrerseits sogar noch einen drastischen Rückgang der heutigen militärahängigen Arbeitsplätze voraus - mehr als 12'000 insgesamt. In deren Perspektive gibt es keine Zukunft für eine Schweizer Wehrindustrie! Die Armeegegner wollen gemäss Initiant Peter Hug diese hochqualifizierten Stellen nach Abschaffung der Wehrpflicht mit 13'500 unqualifizierten jugendlichen Berufssoldaten - verharmlosend als Zeitsoldaten bezeichnet - ersetzt sehen. Sie behaupten schamlos, die Umverteilungsinitiative sei somit praktisch beschäftigungsneutral.

Neben der direkt betroffenen wehrtechnischen Industrie wären auch zivil ausgerichtete Industrie- und Gewerbebranche von der Umverteilungsinitiative stark betroffen. Zum einen waren in den letzten zehn Jahren durchschnittlich knapp eine Milliarde Franken des Rüstungsbudgets direkt inlandwirksam. Dazu kamen bei grösseren Rüstungsprojekten (Kampfpanzer Leopard, F/A-18 u.a.) Kompensationsgeschäfte im Betrag von mehreren Milliarden Franken.

Der Vorschlag der Initianten eines einmaligen Konversionsfonds ist aufgrund der im In- und Ausland gemachten Erfahrung illusorisch und deren Sorge um die Arbeitsplätze heuchlerisch.

**Die Armee hat die Friedensdividende erbracht!**  
**Weitere Budgetkürzungen gehen zu Lasten ihrer Substanz und damit unserer sicherheitspolitischen Glaubwürdigkeit.**

### **Umverteilen heisst abschaffen** Edi Engelberger, Nationalrat Stans (NW)

Die Umverteilungsinitiative, die am 26. November 2000 vors Volk kommt, geht vom überholten Bild einer Armee im Kalten Krieg aus und ignoriert die insgesamt erfolgreichen Bemühungen des Bundesrates für eine neue umfassend verstandene Sicherheitspolitik. Ein allfälliger Erfolg der Initiative würde die Glaubwürdigkeit unserer Verteidigungsanstrengungen in arge Mitleidenschaft ziehen. Eine verfassungsmässige Beschränkung unserer sicherheitspolitischen Handlungsfreiheit ist nicht nur unsinnig, sondern verantwortungslos und gefährlich. Wir können Aufgabenbereiche des Staates nicht in der Verfassung über eine fixe Ausgabenlimite einschränken, ohne dass die nötige Flexibilität zur Erfüllung der Aufgabe verloren geht. Die Forderungen der Initianten sind im Rah-

men der Budgetkürzungen im VBS bereits zur Hälfte erfüllt. Mit den Abstrichen bei der Landesverteidigung sind die Verteidigungsausgaben allein zwischen 1987 und 2002 real um 28 Prozent, die Rüstungsausgaben sogar um 44 Prozent zurückgestuft worden. Die vom VBS erbrachte Friedensdividende von 9 Milliarden Franken wurde längst in den explosiv wachsenden Sozialbereich umverteilt. So verdankt der Bundeshaushalt das wiederhergestellte Gleichgewicht hauptsächlich den beträchtlichen Sparleistungen der Armee.

### **Überdurchschnittlich rückläufige Verteidigungsausgaben**

Im internationalen Vergleich bewegen sich die Schweizer Wehranstrengungen heute am untersten Rand der Skala. Während die Schweiz bei der Armee auf dem Sparkurs verharrt, lässt sich seit Ende der 90er Jahre bei vergleichbaren westeuropäischen Militärbudgets bereits wieder ein deutliches reales Wachstum feststellen. Die Armeebestände werden zwar ständig reduziert, die Ausrüstung hingegen mit viel Aufwand modernisiert. Eine verkleinerte moderne Armee mit Zeit- und Profisoldaten ist nicht billiger. Denn modernste Technologie, die dazugehörige Ausbildung, sowie gute Instruktionsskader sind mit hohen Kosten verbunden. Wo die Profisoldaten für eine Berufsarmee in einer wieder beinahe vollbeschäftigten Schweiz rekrutiert werden sollen, konnten bisher weder die Gegner der Landesverteidigung, noch die von einer NATO-Mitgliedschaft träumenden Militär- und Wirtschaftswissenschaftler aufzeigen.

### **Schweizer Wehrindustrie vor dem Aus**

Die Armeegegner behaupten schamlos, die Umverteilungsinitiative sei praktisch beschäftigungsneutral. Dabei ist es unbestritten: Ein Ja hätte gravierende Folgen für die Beschäftigten der wehrtechnischen Industrie und Verwaltung. Der Bundesrat rechnet mit dem Verlust von 6'000 Arbeitsplätzen - hauptsächlich in den Randregionen -, was unabsehbare soziale Kosten zur Folge hätte. Daran ändert auch die Alibiübung mit dem Konversionsfond nichts. Die im In- und Ausland gemachten Erfahrungen der letzten Jahre beweisen, dass Konversionsprojekte viel Geld verschlingen und die subventionierten Unternehmen nach Ende der staatlichen Hilfe am Markt zu Grunde gehen, weil sie nicht möglich ist marktorientierte Tätigkeiten zu betreiben und das notwendige Know-how in den meisten Fällen fehlt.

Die Bemühungen der realitätsfernen Armeegegner zur Selbstentwaffnung der Schweiz sind bekannt. Seit der an der Urne gescheiterten direkten Abschaffung im Jahre 1989 versuchen sie, der Landesverteidigung die Mittel und Möglichkeiten in Raten zu entziehen. Die Landesverteidigung, die sich jetzt in einem Umgestaltungs- und Anpassungsprozess befindet - ich denke an die "Armee XXI" -, muss ab 2002 wieder mit stabilen, nicht halbierten Budgets rechnen können. Die

Umverteilungsinitiative ist als das zu entlarven, was sie ist: ein neuer Schritt zur Abschaffung der Armee. Da kann es für verantwortungsbewusste Schweizer nur eine Pa- role geben: Nein am 26. November.

**Gegen eine illusionäre Sicherheitspolitik!**  
**Wir sind für eine realistische Sicht der Dinge. Deshalb eine Armee, die uns vor den heutigen Gefahren zu schützen vermag!**

### **Eine Armee hat man immer im Land!** Markus Kündig a. Ständerat, Zug

Dies ist wohl eine Aussage, die immer wieder, wenn die Kriege vorbei waren, von vielen Leuten angezweifelt wurde. Denn der Ausbruch des „ewigen Friedens“ ist wohl eine Grundhoffnung des Menschen.

Nach dem Abschluss des Ersten Weltkrieges wurden verschiedene Armeen demokratischer Länder Europas so redimensioniert, dass sie ihren Aufgaben zu Beginn der 30er Jahren unmöglich nachkommen konnten. In diese Schwäche drangen moderne deutsche Armeen und überwältigten Europa im Zweiten Weltkrieg auf erschreckende Art und Weise. Wohl hätte Hitler sich mehr Zurückhaltung auferlegen müssen, wären die anderen europäischen Länder militärisch bereit gewesen und sie hätten aus einer militärisch starken Position 1938 auch politischen Widerstand bieten können.

Wir Schweizer waren auch nicht sehr gut gerüstet, unser Gelände und die Nord-Süd-Passagen führten zu anderen militärpolitischen Überlegungen. Kein Mensch kann heute sicher sein, dass nicht schon bald wieder ein Staat einen Kriegs-Wahnsinn vom Zaun reisst. Wenn wir als Schweiz unsere politische, geistige und wirtschaftliche Souveränität erhalten wollen, benötigen wir auch die militärische Absicherung. Nur so sind wir vor Erpressungen und Aggression durch eigene Kraft geschützt.

Eine moderne Armee jedoch braucht moderne Waffen und Abwehrmittel und die sind - so bedauerlich dies ist - nicht für einen Pappensstiel zu haben.

Sagen wir daher Nein zur Halbierungsinitiative. Wenn wir schon wissen, dass wir immer eine Armee in unserem Land haben werden, dann soll es die „Eigene“ sein. Nur sie ist in der Lage unserer Bevölkerung den notwendigen Schutz und eine möglichst hohe Abschreckung zu bieten.

**Forum Flugplatz Dübendorf**  
Präsident: Peter Bosshard (PB)  
Vizepräsident: Robert Steiner (RS)  
Beisitzer: Peter Jost (PJ)  
Beisitzer: Aldo Wicki (AW)  
Kassierin: Annelies Schwarz (AS)

## Nein zur Armeeabschaffung auf Raten

Nationalrat Hans Rudolf Gysin, Pratteln

Die am 26. November zur Abstimmung gelangende SPS-Initiative "Sparen beim Militär und der Gesamtverteidigung – für mehr Frieden und zukunftsgerichtete Arbeitsplätze", kurz "Umverteilungs-Initiative", ist der x-te Versuch der SP und ihrer linken Anhängerschaft, unsere Armee zu schwächen und letztlich abzuschaffen. Die Initiative fordert, dass die Kredite des Bundes für die Landesverteidigung in spätestens zehn Jahren auf die Hälfte des Standes von 1987 zu reduzieren seien. Über die eingesparten Mittel hätte dann das Parlament periodisch zu befinden, wobei ein Drittel der eingesparten Summe für die internationale Friedenspolitik eingesetzt werden müsste. Eine Milliarde Franken müsste in einen Konversionsfond einbezahlt werden als Entschädigung für verloren gegangene Arbeitsplätze.

Dieses Volksbegehren – es ist 1997 mit 108 541 Unterschriften eher knapp zustande gekommen – ist klar abzulehnen, weil es die Bedrohungslage nicht berücksichtigt. Wer hätte gedacht, dass zum Ende des 20. Jahrhunderts der Krieg wieder auf unseren Kontinent zurückkehren würde? Wer hätte geglaubt, dass kriegerische Auseinandersetzungen keine zwei Flugstunden von uns weg statt finden könnten? Der Krisenherd im Balkan liegt näher, als die Bedrohungen zu den Zeiten des Kalten Krieges...

**Für einen ausreichenden Schutz!**

**Gerade ein neutraler Kleinstaat, der keine Verbündeten haben darf, muss sich wirksam verteidigen können!**

**Initiative steht quer zu den laufenden Reformen**

Die Initiative kommt zudem in einer Zeit, wo wir Armee und Zivilschutz reformieren und einer Sicherheitspolitik anpassen, die der heutigen Bedrohungslage entspricht. Das kann sicher nicht geschehen, in dem man allein mit finanziellen Vorgaben an der Organisation der Landesverteidigung herum schraubt.

Wenn die SP und ihre linke Gefolgschaft darauf hinweisen, überall in der Welt würden die Armeen verkleinert, so vergessen sie zu sagen, dass diese fremden Armeen wohl verkleinert werden, dass sie dabei aber nicht billiger werden, weil der Bestandesabbau meistens nur mit einer massiven Aufstockung beim High-Tech-Material erreicht werden kann.

A propos sparen: Seit Jahren ist die Landesverteidigung im Bundesetat der einzige Bereich, in welchem die Ausgaben rückläufig

waren. Der Anteil der Landesverteidigung an den Bundesausgaben ist von 34,7 Prozent im Jahre 1960 auf 10,4 Prozent bis 2002 gesunken.

### Schutz nicht mehr gewährleistet

Die Umverteilungs-Initiative, die ein Drittel der eingesparten Mittel der Landesverteidigung für internationale Friedensprojekte ausgeben will, ist auch unnötig, weil sich die Schweiz bereits seit langem unter der Devise "Sicherheit durch Kooperation" für Konfliktverhütung und Krisenbewältigung auch ausserhalb unseres Landes engagiert. Solche Anstrengungen sind richtig und wichtig – sie dürfen aber nicht auf Kosten der eigenen Sicherheit und Verteidigungsfähigkeit gehen!

Eine Halbierung der Verteidigungsausgaben ist schliesslich auch abzulehnen, weil mit den reduzierten Mitteln die Sicherheit und der Schutz von Land und Volk nicht mehr gewährleistet werden könnte. Das würde bedeuten, dass die Armee bei Umweltkatastrophen nicht mehr so grosszügig eingesetzt werden könnte. Die Betroffenen bei den schweren Lawinnenniedergängen im vorderen Jahr und den anschliessenden, wochenlang anhaltenden Hochwasserlagen oder der Lothar-Sturmschäden haben diesen Einsatz jedenfalls gerühmt und einstimmig ausgesagt, sie wüssten nicht, was sie ohne diese willkommene Hilfe getan hätten.

### Tausende von Arbeitsplätzen gefährdet

Aber auch handfeste wirtschaftliche Gründe sprechen eine klare Sprache gegen die Umverteilungs-Initiative. Sie würde Tausende von Arbeitsplätzen kosten. Daran würde auch der Krisenfond von einer Milliarde Franken nichts ändern. Abgesehen davon ist sehr fraglich, ob diese Summe überhaupt reichen würde. Denn wie schwierig es ist, militärische in zivile Arbeitsplätze umzugestalten, zeigt sich bereits heute bei der Privatisierung der Rüstungswirtschaft.

Zivile Wirtschaftsbetriebe könnten militärische Arbeitnehmer auch nur übernehmen, wenn ausreichende Aufträge den Umschulungsbedarf rechtfertigen würden. Wenn die gleichen Kreise, die gegen die Waffenfabrikation und die Rüstungsbetriebe Sturm laufen, jetzt scheinheilig mit Subventionen in Milliardenhöhe die durch ihre eigenen Aktivitäten gefährdeten Arbeitsplätze retten wollen, dann kann irgend etwas an der Übungsanlage nicht stimmen!!!

Von der Umverteilungs-Initiative ist aber nicht nur die Armee, sondern auch der Zivilschutz betroffen. Dabei ist der Zivilschutz in seiner jetzigen Ausprägung eine echte Antwort auf das in unserem Land reichlich vorhandene naturbedingte Gefahrenpotential. So standen nicht nur die Soldaten, sondern auch unzählige Zivilschützer im Lawinen-, Hochwasser- und Lothar-Einsatz. Zusammen leisteten die beiden Organisationen Hilfe während mehr als 420'000 Einsatztagen in den Katastrophengebieten.

Aber auch im Bereich innere Sicherheit stellt die Armee ihren Mann. Als die Kantone für

Konferenzen und Bewachungsaufgaben Hilfe brauchten, war die Armee da und leistete über 213'000 Dienstage. Mehr als 50'000 Dienstage standen Schweizer Wehrmänner zudem im Einsatz für die Betreuung von Flüchtlingen.

### Volk steht zur Armee

In den letzten 13 Jahren hat das Schweizer Volk nicht weniger als fünf Armeefeindliche Initiativen der politischen Linken verworfen. Eine sechste wurde ungültig erklärt. Volk und Bürger stehen ebenso hinter der Institution Armee und zur Landesverteidigung, wie das Parlament. Der Nationalrat lehnte den siebten Versuch, unsere Armee zu schwächen und mittelfristig abzuschaffen, mit 119 zu 62 Stimmen ab, der Ständerat mit 35 zu 4 Stimmen.

Eine Annahme der Initiative würde auch die Glaubwürdigkeit unseres Landes und seiner Institutionen im In- und Ausland gefährden. Gerade das Bestreben, uns Europa anzunähern, verlangt von uns den Beweis, dass wir uns glaubwürdig selbstbehaupten und zudem in der Lage sind, einen erheblichen Beitrag zur Krisenbewältigung und Friedenssicherung leisten zu können.

**Für eine multifunktionale Armee!**

**Unsere Armee hat neben der Raumsicherung und Verteidigung auch Beiträge zur Friedens- und Existenzsicherung zu leisten. Die stark reduzierte Armee, die bei Annahme der Umverteilungsinitiative geschaffen würde, könnte solche Leistungen nicht mehr erbringen.**

### Verteidigungsausgaben vergleichbarer Staaten in Prozent des Bruttoinlandproduktes

Staat	Anteil am BIP
Österreich	0,7 %
Schweiz	1,2%
Finnland	1.5%
Belgien	1.4%
Schweden	2,0%
Dänemark	1.4%
Norwegen	1.8%

Quelle: National Accounts OECD Paris, 1998

Die Armee hat ihre „Friedensdividende“ somit bereits mehr als abgegolten. Abgesehen davon, dass der eine solche Gewinnausschüttung rechtfertigende Frieden gar nicht existiert, gehen derartig drastische Einsparungen an die Substanz und gefährden die Weiterentwicklung der Armee 95 zur Armee XXI.

# Es ist verantwortungslos...

... einen massiv reduzierten Maximalbeitrag der Verteidigungsausgaben in der Verfassung festzuschreiben. Eine mögliche Bedrohung unserer Sicherheit wird sich nicht an unsere Verfassung halten! Wir müssen flexibel reagieren können, wie wir das seit 1989 in Anbetracht der veränderten sicherheitspolitischen Lage mit einer deutlichen Senkung der Ausgaben für die Landesverteidigung vor demonstrieren.

Die Armee hat ihren Sparbeitrag (die sogenannte Friedensdividende) geleistet! Insgesamt wurde das Budget des VBS von 1990 bis 2001 um 9 Milliarden Franken gekürzt. Mit den 1998/99 beschlossenen zusätzlichen Abstrichen bei der Verteidigung – weitere 1,1 Milliarden für die Jahre 1999, 2000 und 2001 - sind die Verteidigungsausgaben real zwischen 1990 und 2001 um fast 40 Prozent, die Rüstungsausgaben sogar um 50 Prozent abgebaut worden. Der Bundeshaushalt ist vor allem dank den Sparleistungen der Landesverteidigung wieder ins Gleichgewicht gebracht worden – während wichtige westliche Staaten ihre

Wehretats bereits wieder aufstocken. Ein Krieg in Europa für alle Zeiten unmöglich? Die Euphorie nach dem Zusammenbruch des Ostblocks ist verfliegen. Jugoslawien ist, wenige 100 km von der Schweiz entfernt, seit Jahren durch furchtbare Bürgerkriege zerrissen. Im Frühjahr 1999 erfolgte im Kosovo der erste Ernsteinsatz der NATO seit ihrer Gründung. Die USA und europäische Armeen kämpften gemeinsam im Golfkrieg. Sie bereiten sich mit dem Ausbau von Krisenreaktionskräften darauf vor, Krisen und Konflikten vorzubeugen oder in diese einzugreifen. Die Umverteilungsinitiative degradiert die Schweiz zum sicherheitspolitischen Trittbrettfahrer in Europa und untergräbt unsere Glaubwürdigkeit weit über den sicherheitspolitischen Bereich hinaus.

Seriöse Sicherheitspolitik entspringt nicht pazifistischem Wunschenken. 1999 erschien ein neuer sicherheitspolitischer Bericht unter dem Titel "Sicherheit durch Kooperation". Er zieht die Konsequenzen aus den sicherheitspolitischen Veränderungen der letzten zehn Jahre und

ist die Basis für die Planung der Armee XXI. Die Risiken sind anders gelagert – nicht verschwunden. Der Armee mitten in diesem entscheidenden Anpassungsprozesses die Mittel langfristig zu verwehren, würde die dringend notwendige Reform verunmöglichen. Als Nichtmitglied der NATO muss und will die Schweiz selbst für ihre Sicherheit sorgen. Nur so kann sie, wo nötig und möglich, erfolgreich kooperieren.

Stopp der Armeeabschaffung in Raten! 1989 sind Armeegegner mit der direkten Abschaffung der Armee an der Urne gescheitert. Seither versuchen sie, der Armee in Raten die Mittel und Möglichkeiten zu entziehen, bis die verfassungsmässige Aufgabe nicht mehr erfüllbar ist. Dieses hinterhältige Vorgehen ist aber bekannt und vom Schweizer Volk noch jedes Mal deutlich desavouiert worden.

Nicht zuletzt vernichtet die Umverteilungsinitiative 6000 Arbeitsplätze – vor allem in den Randregionen. Die Sorge der Initianten um deren Existenz ist heuchlerisch.

---

## Der Verein Forum Flugplatz Dübendorf

Unter diesem Namen wurde Anfang November 1990 in Dübendorf ein unabhängiger Verein im Sinne von Art.60/ZGB gegründet mit dem Zweck, die immer wiederkehrende Frage des Militärfluglärms auf einer sachlichen Basis zu diskutieren. Wir bekennen uns zur Notwendigkeit einer glaubwürdigen Landesverteidigung, welche auch eine effiziente Luftwaffe beinhaltet. Die damit verbundene Lärmbelastung erscheint uns als ein Teil des Preises, den wir zur Erhaltung dieser Glaub-

würdigkeit zu bezahlen haben. Auch wir treten für Lebensqualität im Raum Dübendorf ein. Wir unterstützen Anstrengungen, die unternommen werden, um den Militärfluglärm so gering wie möglich zu halten. Das notwendige Training der Luftwaffe zur Erfüllung ihrer Aufgabe darf aber dadurch nicht beeinträchtigt werden. Niemand kann für Lärm sein, aber im Gegensatz zum Verein "Bürger und Bürgerinnen gegen den Fluglärm" betrachten wir die Fluglärm-Problema-

tik in einem grösseren Zusammenhang. Wir sind weder ein kultureller Verein mit regelmässigen Zusammenkünften und Mitgliederversammlungen noch eine Konkurrenz zu Parteien. Wir können aber mit unserer Arbeit politische Parteien, die ebenfalls zu einer glaubwürdigen Landesverteidigung stehen, unterstützen oder ergänzen.

Es freut uns sehr, wenn Sie unserem Verein beitreten und danken für Ihre Unterstützung.



---

## Beitrittserklärung

### Anmeldung:

Hiermit beantrage ich, dem Verein Forum Flugplatz Dübendorf beizutreten und bestätige gleichzeitig, nicht Mitglied der GSoA, des Vereins «Bürger und Bürgerinnen gegen den Fluglärm» oder einer ähnlichen, gegen unsere Luftwaffe oder Landesverteidigung gerichteten Organisation zu sein. Bitte senden Sie diese Anmeldung an nachstehende Adresse (mit gleichzeitiger Einzahlung des Mitglieder-Jahresbeitrages von Fr. 25.-- auf unser Postkonto).

### Adresse:

Name: ..... Vorname: .....  
Strasse: ..... PLZ / Ort: .....  
Telefon P: ..... Telefon G: .....  
Unterschrift: ..... Datum: .....

**Postfach 1085, 8600 Dübendorf 1, Postkonto: 80-47799-0**